

**Antrag der Fraktion der CDU****Beschwerden der Bremer ernst nehmen – Zunehmende Vermüllung in den Stadtteilen geeint und konsequent bekämpfen**

Die Vermüllung in den Städten hat verschiedene Ursachen. Dazu gehören eine mangelnde Infrastruktur für Abfallentsorgung, unzureichende Aufklärung über Abfallmanagement und Recycling, aber auch das Verhalten von Einzelpersonen, die Müll achtlos wegwerfen.

Vermüllte Straßen, Parks und öffentliche Plätze beeinträchtigen das Stadtbild erheblich und sind maßgeblich für das zunehmende Rattenproblem in vielen Quartieren und Stadtteilen verantwortlich.

Immer wieder kommt es auch vor, dass zum Beispiel ordnungsgemäß abgelegte Gelbe Säcke bei starkem Wind oder durch Einwirkungen von Tieren reißen und der sich eigentlich zu entsorgende Müll in der Umwelt verteilt. Abhilfe könnte eine Pflichteinführung der Gelben Tonne schaffen, zumindest dort, wo die räumlichen Möglichkeiten in den Quartieren vorhanden sind.

Ein weiteres Ärgernis stellt das unangemeldete Herausstellen von Sperrmüll dar. Obwohl einmal im Jahr die Möglichkeit besteht, Sperrmüll kostenlos abholen zu lassen, erfolgt dies in vielen Fällen leider ohne Anmeldung bei der Bremer Stadtreinigung. Abhilfe könnte hier ein allgemeiner Sammeltag für Sperrmüll im Stadtteil schaffen.

Altkleidercontainer sollen eigentlich eine bequeme Möglichkeit für Menschen bieten, Kleidung zu entsorgen beziehungsweise zu spenden, die sie nicht mehr benötigen. Immer wieder beschweren sich Bürgerinnen und Bürger in Bremen darüber, dass es vor allem neben Containern für Altkleider zu vermehrten Müllablagerungen kommt. Nicht nur, weil die vorhandenen Containerkapazitäten oftmals nicht ausreichen oder die Entleerungsintervalle nicht entsprechend des Bedarfs angepasst werden und so volle Tüten mit Kleidung neben den Containern abgestellt werden. Sondern, weil diese Standorte meist zu regelrechten Sperrmüllplätzen mutieren, an denen jeglicher Müll abgelegt wird. Da es unter anderem auch in Hamburg dieses Problem gab, hat die Stadtreinigung begonnen,

Altkleidercontainer zu entfernen. Diesen Schritt sollte auch Bremen gemeinsam mit den Beiräten prüfen.

Damit Bremens Quartiere und Straßen endlich sauberer werden, bedarf es vieler Maßnahmen, die zeitnah umgesetzt werden müssen. Die ständig gebetsmühlenartig vorgetragene Behauptung der Bremer Regierung, es gebe in Bremen weder ein Müll- noch ein Rattenproblem, ist gegenüber den Betroffenen mehr als unangebracht. Die Bremerinnen und Bremer erwarten vom Senat Bovenschulte, dass die ausufernde Vermüllung ernst genommen und auch tatsächlich bekämpft wird. Nicht unerwähnt bleiben darf, dass die Entsorgung illegaler Müllablagerungen jährlich eine Million Euro kostet und direkte Auswirkungen auf die Müllgebühren hat und den Gebührenzahler damit auch belastet.

Vorhandene Ressourcen und Strukturen sollen für die Umsetzung gestärkt und umfangreich in Anspruch genommen werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf:

1. einen Maßnahmenkatalog unter Beteiligung der Beiräte, betroffenen Vereinigungen wie zum Beispiel des Landesverbandes der Gartenfreunde e. V. etc. gegen den zunehmenden Rattenbefall in der Stadtgemeinde Bremen zu erarbeiten. Dieser Maßnahmenkatalog soll unter anderem folgende Aspekte beinhalten:
  - Erarbeitung präventiver Maßnahmen sowie eines Rattenmonitorings (systematische Überwachung und Erfassung der Rattenpopulation in betroffenen Quartieren)
  - Klärung, welche senatorische Behörde entsprechende Bürgerhinweise in Bezug auf Ratten aufnimmt und an die verantwortlichen Stellen weiterleitet
  - Reinigungsintervalle in Absprache mit der Bremer Stadtreinigung in belasteten Quartieren erhöhen
  - Kontaktaufnahmen mit privaten Eigentümern und Wohnungsgesellschaften (unter anderem GEWOBA und Vonovia)
  - Informationskampagne für die Anwohner in den betroffenen Quartieren
  - Erhöhung des Tonnenvolumens in Wohnanlagen

2. zeitnah einen Abstimmungsprozess mit den Beiräten zu initiieren mit dem Ziel,
  - a) die Systembeschreibung zur Abstimmungsvereinbarung der Stadtgemeinde Bremen für die Verpackungsentsorgung im Rahmen der nächsten Ausschreibung dahingehend zu ändern, dass eine reine gefäßbezogene Sammlung von Verkaufsverpackungen zum Standard wird;
  - b) einen jährlichen Sammeltag für Sperrmüll in jedem Stadtteil einzuführen, an dem der Sperrmüll ohne Anmeldung und gebührenfrei an die Straße gestellt werden darf. Die Möglichkeit einmal im Kalenderjahr kostenlos den Sperrmüll abholen zu lassen, soll weiterhin bestehen bleiben.
3. einen Bericht vorzulegen, der aufzeigt,
  - a) an welchen öffentlichen Standorten mit Altkleidercontainern vermehrt illegale Müllablagerungen vorzufinden sind;
  - b) welche dieser Standorte vor allem durch etwaige Erweiterung der bestehenden Angebote auf den Recycling-Stationen und Grün-Stationen kompensiert werden können;
  - c) welche dieser Standorte auch in Abstimmung mit den jeweiligen Beiräten (ersatzlos) gestrichen werden können;
  - d) inwiefern bei einer Reduzierung des gesamten Angebots an Altkleidercontainern die Anzahl der Entleerungen erhöht werden kann;
  - e) Reduzierung der Stellplatzgenehmigung für Altkleidercontainer von Dritten sowie konsequentes Vorgehen gegen illegal aufgestellte Altkleidercontainer bis hin zur Entfernung im Wege der Ersatzvornahme;
  - f) an welchen Standorten mittels einer Videoaufklärungsanlage die illegalen Müllentsorgungen minimiert werden könnten.
4. zusätzliche Müllcontainer in besonders stark von Vermüllung betroffenen Quartieren aufzustellen und/oder die Entleerungsintervalle zu erhöhen.
5. ein Konzept für Schulen und Kindergärten zu erarbeiten, das den richtigen Umgang mit Verpackungsmaterialien und Essensresten aufzeigt und ein entsprechendes Umweltbewusstsein schafft.
6. spätestens im dritten Quartal 2024 die rechtlichen und personellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Bremer Stadtreinigung bei

beobachteten Sauberkeitsverstößen im öffentlichen Raum  
Ordnungswidrigkeitsverfahren einleiten kann.

7. die im Bußgeldkatalog zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich des Umweltschutzes festgelegten Geldstrafen mindestens zu verdoppeln.
8. über die Umsetzung vierteljährlich in den städtischen Deputationen für Umwelt, Klima und Landwirtschaft und Gesundheit und Verbraucherschutz zu berichten.

Hartmut Bodeit, Martin Michalik, Frank Imhoff und Fraktion der CDU